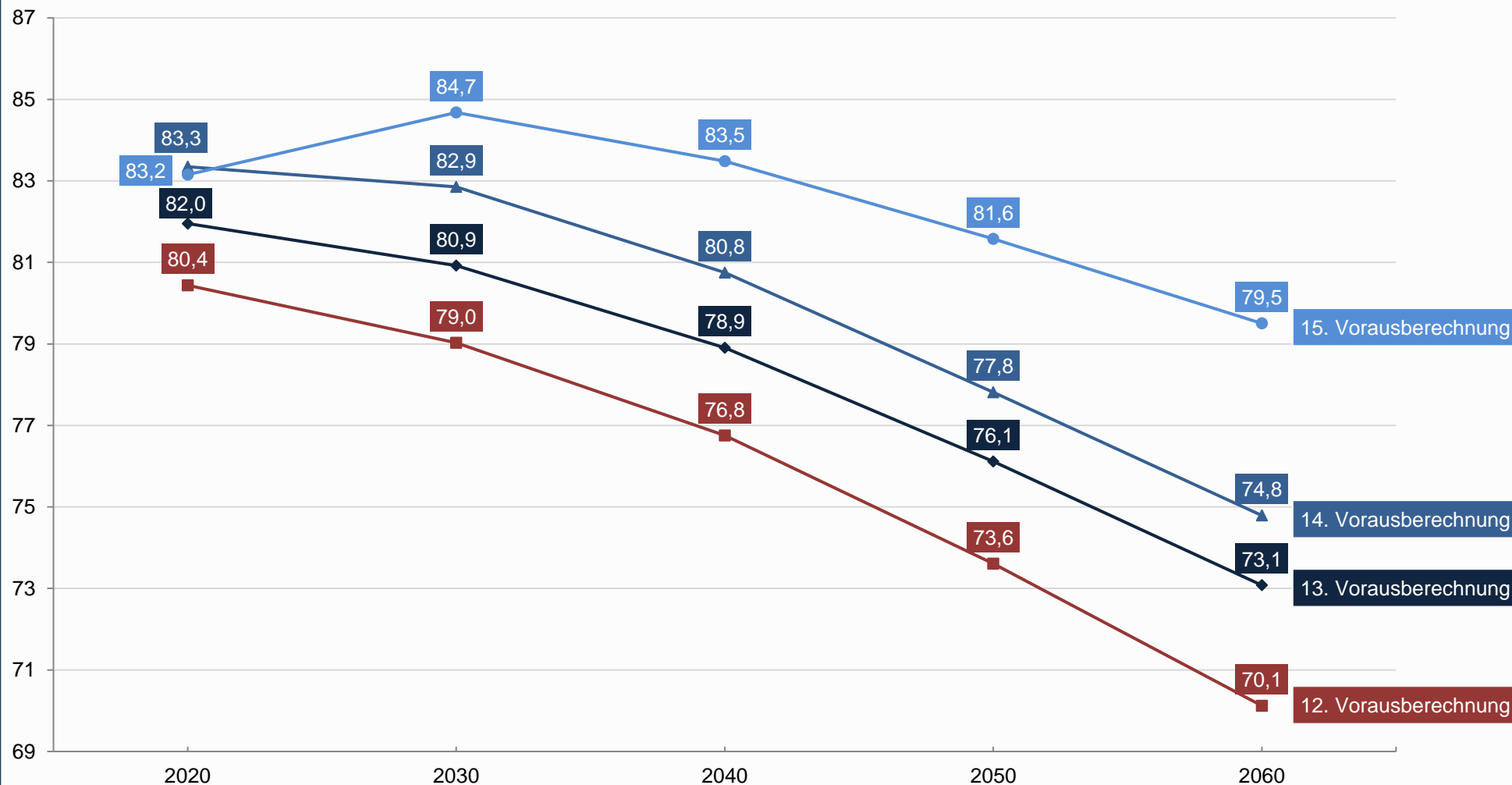


Die Vorausberechnungen im Vergleich – deutlich höhere Bevölkerungszahlen als noch vor 10 Jahren angenommen



Vorausberechnung der Gesamtbevölkerung 2020 - 2060 Bevölkerung in Mio.; verschiedene Vorausberechnungen



Quelle: Statistisches Bundesamt (zuletzt 2022), Bevölkerung Deutschlands bis 2070. Ergebnisse der 12. - 15. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung - Vorausberechnung: Variablen G1-L1-W2 - siehe Kommentierung



Die Vorausberechnungen im Vergleich – deutlich höhere Bevölkerungszahlen als noch vor 10 Jahren angenommen

Kurz gefasst:

- Im Rahmen der koordinierten Bevölkerungsvorausberechnungen formuliert das Statistische Bundesamt Annahmen, anhand derer mögliche Entwicklungen in der zukünftigen Bevölkerungsstruktur ermittelt werden. In verschiedenen Kombinationen von Merkmalsausprägungen werden Szenarien zu Bevölkerungsstand, Erwerbspersonenpotenzial und Altersaufbau ermittelt. In der moderaten Merkmalskombination der aktuellen 15. Vorausberechnung wird die Gesamtzahl aller in Deutschland Lebenden im Jahr 2060 auf 79,5 Mio. Personen beziffert. Im Vergleich dazu wurde in der 12. Bevölkerungsvorausberechnung aus dem Jahr 2009, unter den gleichen Annahmen, eine Gesamtzahl von 70,1 Mio. Personen ermittelt.
- Ein ähnliches Bild zeigt sich, wenn die Entwicklung der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter betrachtet wird. Auch wenn unter den hier verwendeten Bedingungen ein Rückgang zu erwarten wäre, fällt er weitaus weniger dramatisch, als in den Vorgängerberechnungen angenommen, aus. Während in der 12. Vorausberechnung ermittelt wurde, dass im Jahr 2060 38,0 Mio. Personen im erwerbsfähigen Alter in Deutschland leben, liegt der Wert in der 15. Vorausberechnung bei 45,5 Mio. Im Umkehrschluss steigt die Zahl der älteren Bevölkerung in Deutschland auch weniger stark an, als ursprünglich ermittelt.
- Die Vorausberechnungen basieren auf Annahmen zur Lebenserwartung, der Geburtenrate und dem durchschnittlichen Wanderungssaldo (Differenz aus Zuzügen und Fortzügen) pro Jahr. Insbesondere die Zuwanderung ist dabei eine volatile Variable, die im Verlauf der einzelnen Vorausberechnungen gestiegen ist. In der moderaten Variante wurden im Jahr 2009 noch mit einem durchschnittlichen Wanderungssaldo von 200.000 Personen gerechnet. In der aktuellen Vorausberechnung wird für die gleiche Variable hingegen ein jahresdurchschnittliches Migrationsplus von 290.000 Personen angenommen.
- Der Vergleich der Bevölkerungsvorausberechnungen zeigt, mit welchen Unsicherheiten Prognosen behaftet sind, da nur „Wenn-Dann“ Aussagen getroffen werden können. Gleichzeitig tragen die Vorausberechnungen aber auch dazu bei, das Schreckgespenst Demografie zu entkräften. In der Folge der aktuellen Vorausberechnungen müssen in der Debatte um die demografisch bedingten Konsequenzen für die Sozialversicherungssysteme neue Akzente gesetzt werden. Das Argument, die Sozialversicherungssysteme seien aus demografischen Gründen nicht mehr tragbar, greift viel zu kurz und ist im Lichte aktueller Schätzungen auch nicht haltbar.
- Gleichwohl lassen sich demografische Veränderungen nicht grundlegend verharmlosen. Aber die Antworten auf eine sich verändernde Bevölkerung können nur in einer vorausschauenden Sozialpolitik liegen, bei der demografische Verschiebungen klug analysiert und das

Bündel von Bewältigungsstrategien und Maßnahmen auch voll ausgeschöpft wird. Anstelle von pauschalen Leistungskürzungen ist beispielsweise auch an den Einbezug der Beamten und der Selbständigen in die gesetzlichen Sozialversicherungssysteme oder steigende Beitragsbemessungsgrenzen zu denken.

Hintergrund

Die Diskussion demografischer Veränderungen ist aus der sozialpolitischen Debatte kaum mehr wegzudenken. Unterschiedlich dramatisch ausfallenden Schrumpfungsszenarien werden dabei häufig als unaufhaltsamer Krisenherd interpretiert, dessen gesellschaftliche und ökonomische Folgen das Fortbestehen von Gesellschaft und Sozialstaats in Frage stellen. Insbesondere die Funktionsfähigkeit der sozialen Sicherung sowie emotional geführte Kontroversen um Generationenvertrag und Generationengerechtigkeit sind Inhalt zahlreicher Debatten. Das dabei zugrunde gelegte Rechenschema ist in gleicher Weise einfach wie falsch: Weniger Köpfe = weniger Einnahmen = Notwendigkeit von Leistungskürzungen. In dieser Sichtweise wird (un-)bewusst übersehen, dass es in einem umverteilenden Sozialstaat auf weit mehr ankommt, als die reine Anzahl an Personen. Vielmehr ist von Bedeutung, wie sich die Erwerbstätigkeit (aller Personengruppen) entwickelt und welche Bedingungen für Steuern und Beiträge gelten. Nur wenn alle Entwicklungen und Stellschrauben in der Gesamtschau betrachtet werden, lassen sich sinnvolle sozialpolitische Diskussionen führen.

Den Ausgangspunkt der Überlegungen stellt die schwer zu beantwortende Frage dar, wie sich die Bevölkerung in Deutschland in der Zukunft entwickeln wird. Hierzu legt das Statistische Bundesamt in unregelmäßigen Abständen mögliche Entwicklungsszenarien vor. Hierbei handelt es sich nicht um Prognosen, sondern lediglich um aufgezeigte Kausalitäten: Unter bestimmten Annahmen würde sich die Bevölkerung in diese Richtung entwickeln. Die aktuelle, 15. Bevölkerungsvorausberechnung erschien Ende 2022. Auf Basis der drei wesentlichen Faktoren Geburtenrate, Lebenserwartung und Wanderungssaldo wird in unterschiedlichen Kombinationen eine Vielzahl von demografischen Szenarien entwickelt. Dabei werden für die demografischen Faktoren jeweils unterschiedliche Ausprägungen zugrunde gelegt, die von 1 = schwache/niedrige Entwicklung über 2 = moderate Entwicklung bis 3 = starke/steigende/hohe Entwicklung reichen. Die Faktoren lassen sich im Einzelnen wie folgt skizzieren/einordnen:

- **Geburtenrate** (G1 bis G3): Im Jahr 2021 betrug die zusammengefasste Geburtenziffer, also die Anzahl der Kinder pro Frau im gebärfähigen Alter, 1,58. Nachdem die Anzahl der Kinder über viele Jahrzehnte hinweg sank, ist damit im letzten Jahrzehnt ein leichter Anstieg erkennbar (vgl. [Abbildung VII.1b](#)). In der mittleren, so genannten moderaten Annahme (G2) der Vorausberechnung des Statistischen Bundesamtes wird in etwa dieser Wert (1,55 Kinder pro Frau) zugrunde gelegt bzw. fortgeschrieben. In der niedrigen Annahme (G1) wird angenommen, dass die Geburtenziffer wieder auf 1,4 Kinder je Frau absinkt. Bei dem starken Faktor (G3) wird von einem weiteren Anstieg

der Ziffer auf 1,7 Kinder je Frau ausgegangen. Ein solches Niveau zeigte sich in Deutschland zuletzt vor den großen Ölpreiskrisen Ende der 1960er Jahre (vgl. [Abbildung VII.1b](#)).

- **Lebenserwartung** (L1 bis L3): Seit der Nachkriegszeit hat sich die durchschnittliche Lebenserwartung von Neugeborenen bis heute um mehr als ein Jahrzehnt erhöht. Allerdings vollzog sich der Anstieg insbesondere zwischen den Jahren 1950 bis 2000, seitdem ist eine relative Konstanz zu beobachten (vgl. [Abbildung VIII.42](#)). Auch die fernere Lebenserwartung von Menschen im Alter von 65 Jahren ist seit der Jahrtausendwende eher langsam von 19,6 Jahren auf aktuell 21,1 Jahre gestiegen (vgl. [Abbildung VIII.2](#)). Gleichwohl gilt weiterhin, dass Mädchen bei der Geburt eine im Schnitt etwa 5 Jahre höhere Lebenserwartung aufweisen als Jungen. Für das Geburtsjahr 2021 wird angenommen, dass Jungen im Durchschnitt 78,5 und Mädchen 83,4 Jahre alt werden (vgl. [Abbildung VIII.42](#)). In den Vorausberechnungen des Statistischen Bundesamtes für die kommenden Jahrzehnte werden auch für die Lebenserwartung drei verschiedene Entwicklungen geschätzt. In der ersten Variante (L1) wird vermutet, dass sich die bisherige Entwicklung fortsetzt und die Lebenserwartung geringfügig steigt. Demnach wird davon ausgegangen, dass Jungen bei ihrer Geburt im Jahre 2070 82,6 und Mädchen 86,1 Jahre alt werden. Der dritten Variante (L3) liegt die Annahme zugrunde, dass die Lebenserwartung stark ansteigt. Hier rechnet das Statistische Bundesamt damit, dass Jungen bei der Geburt 2070 86,4 und Mädchen 90,1 Jahre alt werden – die Differenz zwischen L1 und L3 beträgt ca. 4 Jahre. In der mittleren Variante geht das Statistische Bundesamt eine Lebenserwartung der neugeborenen Jungen von 84,6 und der Mädchen von 88,2 Jahren aus.
- **Wanderungssaldo** (W1 bis W3): Die dritte und letzte Variable der Vorausberechnungen ist das Wanderungssaldo. Das Wanderungssaldo, also die Differenz zwischen den Personen, die nach Deutschland ziehen und den Personen, die aus Deutschland wegziehen, ist im Normalfall positiv. Das bedeutet, dass mehr Personen nach Deutschland kommen, als wegziehen. In den letzten Jahrzehnten lässt sich lediglich zur Zeit der Wirtschaftskrise 2008/09 ein negatives Wanderungssaldo nachweisen. Im Jahr 2021 betrug das Wanderungssaldo ca. 330 Tsd. Personen (vgl. [Abbildung VII.27](#)). In den Prognosen des Statistischen Bundesamtes wird auch diese Variable in drei Ausprägungen berücksichtigt: Eine geringes Wanderungssaldo (W1) wird auf ca. 180 Tsd. Personen pro Jahr beziffert, ein moderates Saldo (W2) auf durchschnittlich 290 Tsd. geschätzt und in Variante W3 eine hohe Nettozuwanderung von etwa 400 Tsd. Personen pro Jahr angenommen.

Die Ausprägungen der unterschiedlichen Schätzvariablen sind im Zeitverlauf nicht konstant. Auf Basis der aktuellen, stets fortgeschriebenen Statistiken passt das Statistische Bundesamt sowohl die Werte der einzelnen Variablen als auch die Gesamtrechnung immer wieder an. Im Vergleich der letzten Jahre kommt es deswegen zu Bevölkerungsvorausberechnungen, die nicht nur schwanken, sondern mit jeder Vorausberechnung deutlich weniger dramatisch ausfallen, als in der Vorgängerversion. Das lässt sich veranschaulichen, indem die unterschiedlichen Jahrgänge der Vorausberechnungen nebeneinandergestellt werden. Damit die Bevölkerungsvorausberechnungen miteinander verglichen werden können, ist es aber notwendig, stets die gleiche Merkmalskombination zu verwenden. Die in den Abbildungen verwendete Variante beinhaltet immer die Merkmalskombination: G1-L1-W2.

Die Auswahl dieser Merkmalskombination erscheint aus verschiedenen Gründen plausibel: Auch wenn die derzeitige Geburtenziffer eher dem Niveau des Variante G2 entspricht, ist nicht auszuschließen, dass die Ziffer wieder absinkt. Weiterhin wird für G1 angenommen, dass die aktuelle Geburtenrate bis 2032 sinkt. Die derzeit höhere Geburtenrate ist für das nächste Jahrzehnt also dennoch berücksichtigt. Dementsprechend wird hier im Sinne einer konservativen Schätzung die Variable G1 verwendet (mehr dazu siehe methodische Hinweise). Darüber hinaus machen die Zeitreihendaten sichtbar, dass die Lebenserwartung in den letzten Jahren nur geringfügig gestiegen ist. Auf dieser Basis lassen sich derzeit keine drastischen Änderungen vermuten, so dass die optimistischeren Varianten L 2 und L3 überhöht scheinen und auch in der Zukunft eher mit einem geringen Anstieg der Lebenserwartung zu rechnen ist. Für die Entwicklung des Wanderungssaldos legen wir die moderate Variante W 2 zugrunde. Auch das erscheint vor dem Hintergrund der bisherigen Entwicklung wahrscheinlich. Zuwanderungswellen wie bspw. 2015 und 2022 sind schwer zu prognostizieren, aber stellen vermutlich weiterhin eher die Ausnahmen als die Regel dar. Gleichzeitig gewinnt die Zuwanderung aktuell bspw. auch im Rahmen der Fachkräfteschere an Bedeutung und wird politisch gefördert. Eine zu konservative Schätzung des Wanderungssaldos ist deswegen nicht überzeugend.

Demografische Verschiebungen ohne dramatische Umbrüche

Die Grafik lässt erkennen, dass die Bevölkerungsentwicklung mit jeder Vorausberechnung anders ausfällt. In der Tendenz wird das Bild mit jeder Vorhersage weit weniger dramatisch. Das erscheint realistisch: Während im Rahmen der 12. Vorausberechnung aus dem Jahr 2009 noch vermutet wurde, dass die Gesamtbevölkerung in Deutschland im Jahr 2020 etwa 80,4 Mio. Personen umfassen würde, belegen die Daten mittlerweile, dass der tatsächliche Bevölkerungsstand im Jahr 2020 bei 83,2 Mio. Personen lag (vgl. [Abbildung VII50](#)). Dieser Unterschied ist auch deswegen bemerkenswert, weil der Zensus 2011 gezeigt hat, dass die bis dahin auf Basis der Volkszählung von 1987 fortgeschriebenen Bevölkerungszahlen überhöht waren. Bis zum Jahr 2011 wurden in der amtlichen Statistik mehr als 1,6 Mio. in Deutschland lebende Menschen zu viel ausgewiesen. Obwohl die Prognose von 2009 noch auf diesem überhöhten Ausgangswert beruhte, lag die Schätzung für das Jahr 2020 deutlich unterhalb der tatsächlichen Bevölkerungsgröße.

Im Unterschied zu den vorherigen Berechnungen kommt die 15. Bevölkerungsvorausberechnung in der oben angegebenen Merkmalskombination nun erstmals zu dem Ergebnis, dass die Zahl der Gesamtbevölkerung bis 2030 zunächst weiter steigt und erst ab dem Jahr 2030 zurückgeht. Die früheren Berechnungen sahen stets voraus, dass der Bevölkerungsstand in Deutschland bereits ab dem Jahr 2020 stetig sinkt. Das Ausmaß des Bevölkerungsrückgangs fiel in den einzelnen Jahrgängen – immer in der gleichen Schätzvariante – aber immer unterschiedlich aus. Auch wenn in der Tendenz immer ein Bevölkerungsrückgang erwartet wurde, sind die Unterschiede groß: Während in der 12. Vorausberechnung (2009) für das Jahr 2060 eine Gesamtbevölkerung von 70,1 Mio. Personen ermittelt wurde, ist in der 14. Vorausberechnung (2019) für den gleichen Zeitraum eine Gesamtzahl von 74,8 Mio. errechnet worden. Drei Jahre später, in der 15. Vorausberechnung (2022) wird für das Jahr

2060 ein Bevölkerungsstand von 79,5 Mio. Personen vorausgesagt. Damit ergibt sich zwischen den Vorausberechnungen der Jahre 2009 bis 2022 eine Differenz von 9,4 Mio. Personen – dies entspricht einem Anstieg von 13%.

In der Folge des sich in den verschiedenen Schätzungen veränderten Gesamtbevölkerungsstandes unterscheiden sich auch die Voraussagen darüber, wie sich die Größe der erwerbsfähigen Bevölkerung und der Umfang der älteren Altersgruppe entwickelt (siehe Anhang 1 und 2). Vergleicht man die verschiedenen Vorausberechnungen für die erwerbsfähige Bevölkerung zwischen 20 und 67 Jahren (Anhang 1), so fällt auf, dass der 2009 prognostizierte Stand für das Jahr 2020 deutlich unter dem tatsächlichen Erwerbspersonenpotenzial lag (Prognose: 50,2 Mio., tatsächlich: 52,6 Personen). Und auch in der weiteren Entwicklung bis 2060 ist eine starke Differenz zwischen den einzelnen Vorausberechnungen erkennbar. In der aktuellen Vorausberechnung wird für 2060 unter der oben genannten Merkmalskombination eine erwerbsfähige Bevölkerung von 45,5 Mio. Personen erwartet, während in der 12. Prognose 2009 für das Jahr 2060 nur 38 Mio. prognostiziert wurden. Damit beträgt die Differenz zwischen der 12. und der 15. Vorausberechnung fast 20%.

Im Umkehrschluss wird bei der Betrachtung der älteren Bevölkerung (Anhang 2) in der aktuellen Vorausberechnung ein deutlich geringerer Anstieg erwartet: In der 12. Bevölkerungsvorausberechnung aus dem Jahr 2009 wurde vorhergesagt, dass die Anzahl der Älteren in Deutschland von etwa 16,6 Mio. im Jahr 2020 auf mehr als 21 Mio. im Jahr 2060 steigen würde. In der aktuellen, 15. Prognose hingegen wird vermutet, dass sich der Anstieg älteren Bevölkerungsgruppe auf 19,5 Mio. Menschen im Jahr 2060 belaufen wird. Die Differenz zwischen beiden Voraussagen beläuft sich auf etwa 8%.

Die Differenzen zwischen den unterschiedlichen Jahrgängen lassen sich vor allem auf die geänderten Annahmen zur Bevölkerungswanderung zurückführen. Das Statistische Bundesamt berechnet das durchschnittliche Wanderungssaldo auf Basis früherer Durchschnittswerte – die in den letzten Jahren stark angestiegen sind. In der Folge ist es jeweils in der Variable W2 über die einzelnen Bevölkerungsvorausberechnungen hinweg zu einem Anstieg der Nettozuwanderung gekommen. Im Einzelnen gehen die Bevölkerungsvorausberechnungen von den folgenden, stetig steigenden Werten aus:

- 12. Bevölkerungsvorausberechnung: W2 = 200.000 Personen
- 13. Bevölkerungsvorausberechnung: W2 = 200.000 Personen
- 14. Bevölkerungsvorausberechnung: W2 = 221.000 Personen
- 15. Bevölkerungsvorausberechnung: W2 = 290.000 Personen

Demgegenüber weisen die Lebenserwartung und die Geburtenziffer nur geringfügige Schwankungen auf. Das wirkt sich auch auf die große Differenz der einzelnen Vorausberechnungen bei dem Umfang der erwerbsfähigen (20%) und der älteren (8%) Bevölkerung aus. Zuwander*innen sind in den meisten Fällen Personen im erwerbsfähigen Alter oder jünger.

Realistische Einordnung und zukunftsfeste Sozialversicherungssysteme

Auch wenn die Vorausschau auf die Bevölkerungsentwicklung mit Unsicherheiten behaftet ist und deswegen zurecht stets angepasst wird, sind die Berechnungen wichtig für eine vorausschauende Sozialpolitik. Allerdings ist es genauso essentiell das lange propagierte Argument, der zu erwartende massive Bevölkerungsschwund in Deutschland würde zu einer übermäßigen Belastung der Sozialversicherungssysteme führen, zu überwinden. Die Gleichstellung von demografischem Wandel und unvermeidbaren sozialpolitischen Leistungskürzungen und Privatisierungen trägt allerdings – neben der deutlich weniger dramatisch ausfallenden Bevölkerungsentwicklung – auch aus rein sachlichen Gründen nicht. Vielmehr haben demografische Argumente häufig davon weggeführt, Sozialpolitik als das zu betrachten, was sie eigentlich ist: Umverteilungspolitik. Die durch den Markt erzeugte Einkommensverteilung wird aus unterschiedlichen Gründen und Zielen durch monetäre Transfers oder die Bereitstellung von sozialen Diensten und Einrichtungen korrigiert. Die Frage, um die es im Kern geht, bezieht sich auf die Finanzierung: Wer ist zu welchen Teilen an der Bewältigung der dadurch entstehenden Kosten beteiligt, in welcher Höhe und bis zu welcher (Beitragsbemessungs-)Grenze werden Steuern und Beiträge veranschlagt? Nur darauf kommt es bei der Refinanzierung des Sozialversicherungssystems im Umlageverfahren an. Denn was für sozialpolitische Leistungen ausgegeben wird, muss gleichzeitig durch Einnahmen gedeckt werden. Dafür ist nicht allein entscheidend, wie viele Menschen in Deutschland leben, sondern es kommt vor allem darauf an, wie viele Personen ein Erwerbseinkommen erzielen, dass besteuert und verbeitragt werden kann, in welcher Höhe Steuern und Beiträge angesetzt oder ob ausgewählte Einkommensanteile freigestellt werden, und ob bzw. inwiefern neben den Arbeitnehmenden auch die Arbeitgebenden zu Steuer- und Beitragszahlung verpflichtet sind.

Gleichwohl sollen diese grundlegenden Überlegungen nicht dazu führen, die demografische Entwicklung gänzlich zu verharmlosen. Denn auch wenn die reine Personenanzahl wenig aussagt, so ist der Altersaufbau der Bevölkerung sehr wohl eine wichtige Größe. Das zeigt auch das Sozialbudget, in dem das gesamte Leistungsspektrum und die Finanzierung des sozialen Sicherungssystems zusammengefasst sind. Um einen guten Überblick zu erhalten werden die vielfältigen Sozialleistungen nach ihrem Zweck untergliedert und als so genannte Funktionsbereiche ausgewiesen. Dabei zeigt sich, dass der Bereich Alter und Hinterbliebene eine große Bedeutung einnimmt. Auf diesen Bereich entfielen im Jahr 2021 etwa 38,6 Prozent des gesamten Sozialbudgets (vgl. [Abbildung II2b](#)). Dabei ist die gesetzliche Rentenversicherung die zentrale Größe: Für sie sind im Jahr 2021 knapp 30 Prozent des gesamten Sozialbudgets ausgegeben worden (vgl. [Tabelle II1](#)). Die dahinter stehenden 342 Mrd. Euro werden durch Beiträge der Arbeitnehmenden und Arbeitgebenden sowie Steuerzuschüsse finanziert (vgl. [Abbildung VIII33](#)).

Allerdings hat sich die Bedeutung der Alterssicherung in den Funktionsbereichen – auch auf Basis methodischer Änderungen – seit 1991 deutlich verschoben. Während die Bereiche Krankheit und Invalidität sowie Kinder, Ehe und Mutterschaft in ihrem Anteil zugenommen haben, sind die Anteil der Funktionsbereiche Alter und Hinterbliebene sowie Arbeitslosigkeit nahezu stetig zurück gegangen (vgl. [Abbildung II3](#)). Auch wenn das noch nichts über die für die verschiedenen Felder ausgegebenen Summen aussagt so ist davon auszugehen, dass sich dieser Trend auch in Zukunft fortsetzt. Denn nach den neusten Vorausberechnungen des Statistischen Bundesamtes dürfte die Anzahl der Älteren in Deutschland deutlich weniger stark steigen, als noch vor 10 Jahren angenommen wurde. Wird zusätzlich der niedrigere Rückgang der Personen im erwerbsfähigen Alter berücksichtigt, so lässt dies Rückschlüsse auf eine weniger drastisch steigende Belastung der Rentenversicherungssysteme zu.

Zusätzlich könnte die derzeit noch höhere Geburtenrate - sofern sie über die nächsten Jahrzehnte konstant bleibt - ebenfalls dafür sorgen, dass die sich die Anzahl der Personen im erwerbsfähigen Alter stärker erhöht und somit ein verringertes Verhältnis von Rentner*innen zu Arbeitnehmer*innen möglich ist. Eine vergleichbare Entwicklung ergibt sich auch für die Kranken- bzw. Pflegeversicherung. Die voraussichtlich höheren Zahlen jüngerer, erwerbsfähiger Personen sorgt dafür, dass das Verhältnis zu den Älteren, die im Durchschnitt häufiger krank sind (vgl. [Abbildung VI.32d](#)) und den Großteil der Pflegebedürftigen darstellen (vgl. [Abbildung VI.12](#)), kleiner ist. Durch die Änderung des Verhältnisses ist auch hier eine weniger stark steigende Belastung zu erwarten. Diese Entwicklungen decken sich dabei auch mit der Vorausberechnung der Pflegebedürftigen. Unter fast gleichen Annahmen (G2-L1-W2) werden bis 2060 etwa 1,4 Mio. mehr Menschen pflegebedürftig sein. Dies deutet aber auf einen deutlichen milderen Anstieg als in den letzten Jahren hin (vgl. [Abbildung VI.16](#)). Dennoch führt dies zu einer Mehrbelastung eines Systems, welches nicht nur aus monetärer Umverteilung besteht, sondern ebenfalls die Strukturen und (Human-)Ressourcen der pflegerischen Versorgung beinhaltet. Eine bessere sozialpolitische Umverteilung, wie bereits weiter oben propagiert, wird damit lediglich zur Grundvoraussetzung. Weiterhin wird es zwingend notwendig sein, die ambulanten und stationären Versorgungsstrukturen weiter auszubauen. Dazu gehört auch, die Arbeits- und Rahmenbedingungen der Pflegekräfte zu verbessern, damit sich a) in Zukunft mehr Personen für einen Beruf in der Pflege entscheiden und b) dann auch dauerhaft in diesem arbeiten wollen und können.

Neben der langfristigen Entwicklung werden beide Systeme bereits bis 2040 durch die Verrentung/Alterung der Generation der sogenannten „Babyboomer“ einer Mehrbelastung erfahren, die es bereits jetzt zu berücksichtigen gilt. Aber die Stellschrauben sind weitaus vielfältiger als Leistungskürzungen oder der Übergang zu einem – keineswegs demografiefesten – kapitalgedeckten System bzw. einer kapitalgedeckten Co-Finanzierung. Die Integration von Beamten und Selbstständigen in die gesetzlichen Sozialversicherungssysteme, die Anhebung der von Arbeitnehmenden und Arbeitgebenden gemeinsam bzw. idealerweise paritätisch getragenen Beiträgen oder höhere Beitragsbemessungsgrenzen mögen hier als Stichworte reichen, um das Spektrum an Möglichkeiten zu umreißen. Letztere sind auch deswegen charmant, weil sie insbesondere Gutverdiener*innen zur finanziellen Stabilisierung der Systeme verpflichten, ohne dass Geringverdiener*innen zusätzliche Einkommenseinbußen erfahren. Wenn die Debatte also wieder den Kern der sozialen Sicherung, die Verteilungsfrage, in den Fokus nimmt, bringt das weit mehr, als ökonomischen Modellen zu folgen, die auf Basis dramatisierter Bevölkerungsschätzungen und statischen Annahmen immer wieder das Ende des Sozialstaats voraussagen.

Methodische Hinweise

Die Vorausberechnungen über die Bevölkerungsentwicklung und die Altersstruktur der Bevölkerung beruhen auf Annahmen und zeigen theoretisch mögliche Entwicklungen zur Bevölkerungsentwicklung auf. Diese Annahmen basieren in den einzelnen Vorausberechnungen auf unterschiedlichen Werten, sodass bei einem Vergleich mit der gleichen Variante (gleiche Merkmalskombination) unterschiedliche Ergebnisse erzielt

werden. Weiterhin muss berücksichtigt werden, dass die Vorausberechnungen auf verschiedenen Datengrundlagen basieren. Die 13. – 15. Vorausberechnung fundieren auf dem Zensus von 2011, die 12. Vorausberechnung hingegen auf der Volkszählung von 1987.

Die unterschiedlichen Merkmalskombinationen werden in den einzelnen Vorausberechnungen als Varianten deklariert. In der 15. und 14. Vorausberechnung entspricht die hier verwendete Merkmalskombination L1-G1-W2 der Variante 15. In den früheren Vorausberechnungen wurde diese Merkmalskombination als andere Varianten betitelt: In der 12. Vorausberechnung entspricht die Merkmalskombination der Variante 1-W2 und in der 13. Vorausberechnung die Variante 2-A.

Die Wahl der Variablenstärke G2 führt dazu, dass in der 15. Vorausberechnung die Gesamtbevölkerung im Zeitverlauf bis 2070 um etwa 2 Mio. Menschen höher ist, als bei der Variablenstärke G1. Allerdings hat die Geburtenrate einen deutlichen geringeren Effekt auf die Anzahl der Personen im erwerbsfähigen Alter, da die geborenen Kinder erst 20 Jahre später in die Berechnung miteinfließen. Dementsprechend wird der Effekt der höheren Geburtenrate erst ab 2050 deutlich, denn ab dann sind die vermehrten Kinder im erwerbsfähigen Alter. Da die Vorausberechnungen mit jeder weiteren Dekade immer unsicherer werden, und die grundlegende Tendenz auch ohne einer stärkeren Annahme sichtbar ist, wird im Sinne einer konservativen Schätzung entschieden und die Variable G1 beibehalten. Die Wahl G1s deckt sich auch mit der niedrigeren Geburtenrate um 2009, als die 12. Vorausberechnung erstellt wurde, sodass auf diesem Wege eine bessere Vergleichbarkeit hergestellt wird.

In der Pflegevorausberechnung des Statistischen Bundesamts ist die Merkmalskombination L1-G1-W2 nicht vorhanden, weshalb die Variante gewählt wurde, die der hier verwendeten am ähnlichsten ist. Dies wäre, auf Grund der derzeitigen Geburtenziffer, G2-L1-W2.

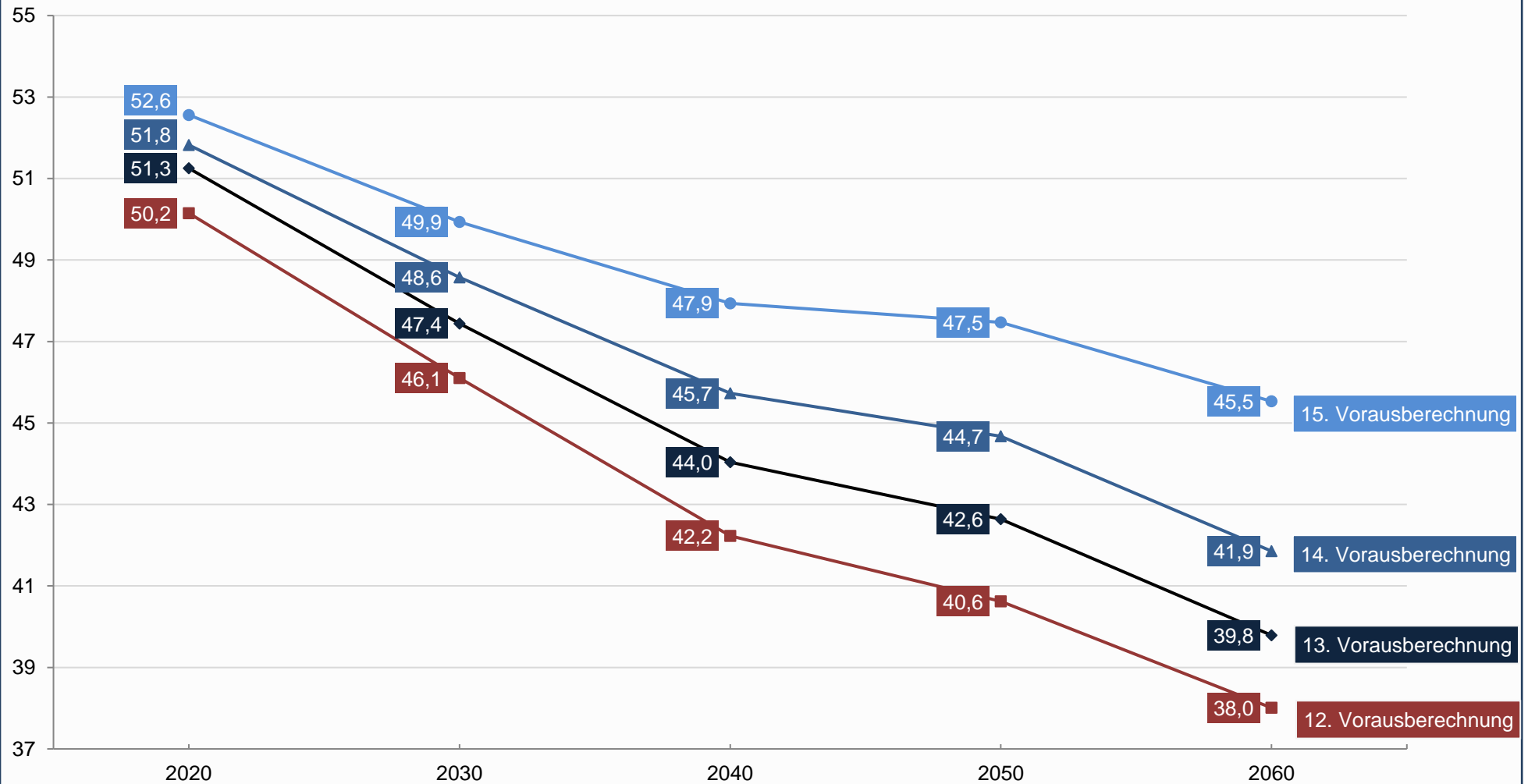
Monatsgrafik April 2023 – Kontakt:

Dr. J. Schmitz-Kießler | Institut Arbeit und Qualifikation | Forsthausweg 2 | 47057 Duisburg | 02033792254 | jutta.schmitz-kiessler@uni-due.de

Philip Sommer, M.A. | Institut Arbeit und Qualifikation | Forsthausweg 2 | 47057 Duisburg | philip.sommer@uni-due.de

Aufgrund des Cyber-Angriffs auf die Universität Duisburg-Essen im November 2022 kann es nach wie vor zu Problemen bei der Zustellung von E-Mails kommen. Sollten Ihre Nachrichten nicht ankommen oder unbeantwortet bleiben, melden Sie sich gerne telefonisch.

■ Vorausberechnung der erwerbsfähigen Bevölkerung 2020 - 2060
Bevölkerung der Altersgruppe 20-67 Jahre in Mio.; verschiedene Vorausberechnungen



Quelle: Statistisches Bundesamt (zuletzt 2022), Bevölkerung Deutschlands bis 2070. Ergebnisse der 12. - 15. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung - Vorausberechnung: Variablen G1-L1-W2 - siehe Kommentierung

Anhang 2

